

Kampf um Koalition: SPD und Union stecken in heiklen Verhandlungen!

SPD und Union sondieren am 6.03.2025 über zentrale Themen wie Migration, Rentenpolitik und Bürgergeld. Koalitionsverhandlungen stehen bevor.

Deutschland - Am 6. März 2025 haben die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Christlich Demokratische Union (CDU) eine Einigung erzielt, doch die Koalitionsverhandlungen stehen weiterhin aus. SPD-Chef Lars Klingbeil und CDU-Chef Friedrich Merz betonen, dass es noch eine Vielzahl von schwierigen Themen zu klären gilt. Besonders heikel erscheint die Migration, die als eines der zentralen Verhandlungsthemen identifiziert wurde. Merz warnt, dass die Gespräche scheitern könnten, falls die SPD keine Migrationswende anstrebe. Die SPD hingegen lehnt faktische Grenzsicherungen ab und hat einem Einreiseverbot für Menschen ohne gültigen Pass nicht zugestimmt. Diese Position führt zu Spannungen, insbesondere da die Union mit der Unterstützung der AfD eine Mehrheit für ein solches Einreiseverbot sichern konnte. Laut der [lvz.de](https://www.lvz.de) wird das Ansinnen der Union von der SPD als verfassungs- und europarechtlich problematisch angesehen.

Ein weiteres zentrales Thema in den Verhandlungen ist die Rentenpolitik. Die SPD hat ambitionierte Ziele, darunter die Beibehaltung des Rentenniveaus bei 48 Prozent sowie die Einführung eines abschlagsfreien Rentenalters nach 45 Versicherungsjahren. Die Union hingegen hat klar gemacht, dass sie keine Erhöhung der Rentenbeiträge wünscht. Das Heizungsgesetz der vorherigen Ampelregierung soll von der

Union abgeschafft werden, wobei diese dennoch eine Technologieoffenheit fordert. Auch das Bürgergeld gerät in den Fokus der Diskussionen, da die Union sowohl den Namen als auch die damit verbundenen Sanktionen kritisiert. Es besteht die Möglichkeit, dass die SPD sich auf eine Umbenennung des Bürgergeldes einlässt, während der Mindestlohn ebenfalls ein Streitpunkt darstellt, weil die Union politische Eingriffe in die Tarifautonomie ablehnt.

Herausforderungen in der Koalitionsbildung

Die Herausforderungen, vor denen die SPD und die CDU stehen, sind vielfältig. So fordert die CSU eine Rückkehr des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie auf 7 Prozent, was möglicherweise zu weiteren Konflikten mit der SPD führen könnte, die eine stärkere Besteuerung höherer Einkommen anstrebt. Die Gespräche sind Teil der regulären politischen Praxis in Deutschland. Denn wie die **zeit.de** erklärt, liegt die Verantwortung zur Regierungsbildung bei den Parteien. Dies geschieht in der Regel, da eine absolute Mehrheit selten erreicht wird und deshalb Koalitionen verhandelt werden müssen.

Friedrich Merz zeigte sich optimistisch, dass bis Ostern eine neue Regierung gebildet werden kann. Die Koalitionsverhandlungen folgen nach erfolgreichen Sondierungen und beginnen meist durch interne Abstimmungen in Parteien. Diese Verhandlungen sind nicht nur komplex, sondern erfordern auch die Aufteilung von Ministerien, die Konkretisierung von Gesetzesvorhaben und die Klärung finanzieller Fragen. Guyer, eine Absprache auf Parteitage oder durch Mitgliederbefragungen ist notwendig, um einen Koalitionsvertrag zu legitimieren, auch wenn diese nicht rechtlich bindend sind.

Die konstituierende Sitzung des Bundestages muss spätestens 30 Tage nach der Wahl stattfinden, wo der Bundesligapäsident und die Stellvertreter gewählt werden. Die bisherigen Minister verbleiben bis zur Bildung einer neuen Regierung

geschäftsführend im Amt, um den Übergang so reibungslos wie möglich zu gestalten. Im dritten Wahlgang zur Wahl des Bundeskanzlers genügt eine relative Mehrheit, sollte dies scheitern, kann der Bundespräsident einen Kanzler ernennen oder den Bundestag auflösen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.lvz.de• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de